



**24.01****Standortförderung; Rahmenkredit für die Jahre 2012 bis 2015**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Juli 2011 mit folgendem Antrag:

*Für die Aktivitäten der Standortförderung wird für die Jahre 2012 bis 2015 ein Rahmenkredit von CHF 600'000 gewährt.*

Die Vorberatende Kommission stellt am 16. November 2011 folgende Anträge:

*Mehrheitsantrag*

*Für die Aktivitäten der Standortförderung wird für die Jahre 2012 bis 2015 ein Rahmenkredit von CHF 500'000 gewährt.*

*Minderheitsantrag (analog Stadtrat)*

*Für die Aktivitäten der Standortförderung wird für die Jahre 2012 bis 2015 ein Rahmenkredit von CHF 600'000 gewährt.*

**Eintretensdiskussion:**

**Roland Seiler (SVP), Präsident der Vorberatenden Kommission**, verliest deren Bericht. Die SMO hatte von Beginn weg einen schweren Stand, sie konnte die gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Die Mitglieder der VBK vertreten die Auffassung, dass die bisher von der SMO wahrgenommenen Aufgaben ohne personelle Aufstockung in die Stadtverwaltung überführt werden können. Für die Verbandsvertreter ist eine Ansprechperson in der Stadtverwaltung wichtig, namentlich der Stadtpräsident. Die VBK beantragt mit 3:2 Stimmen einen auf CHF 500'000 verminderten Rahmenkredit.

**Reto Mock (CVP)** will eine SMO beibehalten. Aus Sicht der Wirtschaftsverbände ist ein enger Kontakt mit der Verwaltung wichtig. Die Verbände haben eine personelle und finanzielle Mitarbeit zugesichert. Für die Kommissionminderheit beantragt er einen Rahmenkredit von CHF 600'000. Wirtschaftsförderung ist eine überregionale Angelegenheit. Abzüglich der Beiträge stünden bei einer Kreditkürzung zu wenig Mittel zur Verfügung. Die Funktion des Stadtpräsidenten ist zu stärken als Ansprechperson nach aussen.

**Benno Koller (SVP)** sieht eine Integration dieser Aufgabe in der Stadtverwaltung richtig. Wichtig ist, dass das Marketing auch überregional zusammenarbeitet. Keine Aufgabe kann die Organisation eines Gossauer Zmorge sein. Mit dem Mehrheitsantrag der VBK mit einem Kredit von CHF 500'000 und der Befristung bis 2016 ist eine Kompromisslösung gefunden, welcher er zustimmen kann.

**Felix Koller (FDP)** sieht die SMO von einer Mehrheit des Parlamentes unterstützt. Die SMO hat sich für die Einzonung von Industrieland stark gemacht, leider wurde dies teilweise abgelehnt. Die VBK hatte den Rahmenkredit von CHF 600'000 zu hinterfragen. Eine Eingliederung in die Verwaltung wird kostengünstiger sein, es werden kürzere Wege entstehen. Ein Rahmenkredit von CHF 500'000 ist ausreichend für eine schlanke SMO. Rückbesinnung auf das Wesentliche ist nötig. Er regt an, dass der Name Gossau in der Bezeichnung des Walter Zoo erscheinen soll. Die Fraktion unterstützt den Mehrheitsantrag der VBK mit einem Kredit von CHF 500'000.

**Stefan Häseli (CVP)** will nicht auf Marketing verzichten, um Geld zu sparen. Die CVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag des Stadtrates mit einem Kredit von CHF 600'000. Marketing muss betrieben werden, um die Stärken der Stadt herauszustreichen. Vier Tipps: 1. Marketing ist Chefsache. 2. Marketing ist Kommunikation, unterwegs sein statt im Büro. 3. Marketing heisst Wirkungs-Ziele setzen. 4. Marketing ist Marketing in eigener Sache.

**Karl Bürki (SP)** unterstützt den Mehrheitsantrag der VBK mit einem Kredit von CHF 500'000. Ein Betrag von CHF 125'000 jährlich muss für diese Aufgabe reichen. Mit der Integration in die Stadtverwaltung werden kürzere Wege entstehen.

**Stefan Harder (FLiG)** möchte nicht über CHF 100'000 mehr oder weniger diskutieren. Viel wichtiger wäre die Diskussion über Wirkungsziele. Die Fraktion unterstützt den Minderheitsantrag der VBK über CHF 600'000.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** stellt fest, dass die Zahl der Arbeitsplätze und der Einwohner angestiegen sind, insofern sind Ziele der SMO erreicht. Dem Stadtrat ist bewusst, dass die Vernetzung über Gossau hinaus wichtig ist. Dies wird bei den künftigen Aktivitäten des Standortmarketings berücksichtigt. Die hohen Erwartungshaltungen und die immer noch nicht messbar formulierten Ziele wird der Stadtrat nach bestem Gewissen erfüllen. Der Stadtrat hält am Kreditantrag von CHF 600'000 fest.

### **Beschluss des Stadtparlamentes**

Abstimmung über dem Mehrheitsantrag der VBK über einen Rahmenkredit von CHF 500'000:  
Der Antrag wird mit 17 Ja zu 13 Nein angenommen.

## **24.02**

### **Volksmotion Erschliessungsstrasse Nord**

Am 1. März 2011 reichte die IG Langfristverkehr die Volksmotion „Erschliessungs-Strasse Nord“ mit 885 Unterschriften ein. Diese hat folgenden Inhalt:

*"Der Stadtrat wird beauftragt, schrittweise die Arbeiten für Studie, Planung und Bau einer Erschliessungsstrasse Nord aufzunehmen und dem Stadtparlament die nötigen Vorlagen zu unterbreiten. Als erster Schritt soll dem Parlament ein Kredit für eine Machbarkeits-Studie beantragt werden. Die Erschliessungsstrasse Nord soll in etwa die folgende Linienführung aufweisen: Ab Autobahnzubringer Arnegg nördlich der A1 bis zur Lagerstrasse. Die Vorschläge der IG Langfristverkehr sollen dabei als Grundkonzept dienen."*

Grundlage für die Behandlung im Parlament ist der Bericht des Stadtrates vom 5. Juli 2011 mit folgendem Antrag:

*Der Stadtrat beantragt, auf die Volksmotion nicht einzutreten.*

Die Vorberatende Kommission stellt am 17. November 2011 folgenden Antrag:

*Der Stadtrat wird beauftragt, für das 16. Strassenbauprogramm dem Kanton St. Gallen die Planung und den Bau einer Strasse zur Entlastung der St. Gallerstrasse anzumelden. Die Vorschläge der IG Langfristverkehr sollen in die Überlegungen einbezogen werden.*

### **Eintretensdiskussion:**

**Erwin Sutter (FLiG), Präsident der Vorberatenden Kommission,** fragt sich, ob Gossau überhaupt eine Änderung der Verkehrslage wünscht. In den letzten Jahren wurden verschiedene Vorlagen von den Stimmbürgern abgelehnt. Die VBK hat den Kantonsingenieur-Stellvertreter beigezogen und hat sich über die Vorgehensweise bei kantonalen Projekten aufklären lassen. Die VBK hat als Resultat ihrer Arbeit einen Vorgehensvorschlag ausgearbeitet. Der Kantonsrat wird 2013 entscheiden, welche der angemeldeten Projekte er für die Weiterbearbeitung ins Strassenbauprogramm aufnehmen wird. Für die VBK scheint es richtig, dass die Diskussion um die Verkehrssituation in Gossau weiter diskutiert wird, und das Vorhaben dem Kanton angemeldet wird.

**Benno Koller (SVP)** bezieht sich auf die Leitsätze, welche eine Reduktion des Verkehrs im Zentrum anstreben. Das Konzept Nord wurde 2006 vom Parlament knapp abgelehnt. Zwischenzeitlich hat sich die Situation verändert: die alternative Zentrumsquerung wurde abgelehnt, die Westspange ist für längere Zeit keine Alternative, die Realisierung des Autobahnanschlusses Gossau Ost ist völlig offen. Eine Zusammenarbeit mit dem Kanton macht Sinn, dieser soll früh in die Absichten der Stadt einbezogen werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag der VBK und dankt den Initianten der Volksmotion.

**Peter Bernhardsgrütter (CVP)** lässt sich von der Verkehrssituation nicht entmutigen. Verträgliche Lösungen für das Stadtzentrum sind zu suchen. Die Fraktion sieht die Motion als Wiedereinstieg in das Thema Verkehrslösung und beantragt Eintreten.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** wollte von der VBK wissen, ob der Kanton die Kosten für die Erschliessungsstrasse übernehmen wird. Das Resultat der VBK befriedigt, die Fraktion stimmt deren Antrag zu.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** erläutert, dass der Stadtrat aus finanziellen Gründen und wegen der vorgeschlagenen Linienführung den Antrag auf Ablehnung formuliert hatte. Mit dem Antrag aus der VBK ergibt sich eine neue Ausgangslage. Es wird nicht eine vorgeschlagene Lösung geprüft, sondern ein Ziel verfolgt. Vor 5 Jahren standen noch andere Lösungsoptionen im Raum, heute ist dies anders. Der Stadtrat unterstützt den Antrag aus der VBK.

#### **Beschluss des Stadtparlamentes**

Abstimmung über den Antrag der Vorberatenden Kommission:  
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

#### **24.03**

##### **Besoldungsreglement Stadtrat**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Präsidiums Stadtparlament vom 24. Januar 2012 mit folgendem Antrag:

*Der 1. Nachtrag zum Reglement „Besoldung Stadtrat“ wird erlassen.*

#### **Eintretensdiskussion:**

**Alfred Zahner (FLiG)** unterstützt den Antrag. Die damals beschlossene Reduktion des Pensums Schulpräsident um 20 % war gut begründet, weil viele Aufgaben auf die Schulleitungen übertragen werden konnten, und das Präsidium des Schulgemeindevverbandes entfallen ist. Er stellt die Frage, ob nicht besser das Pensum der Schulratsmitglieder hätte reduziert werden sollen. Operative Aufgaben sollten möglichst von der Schulbehörde delegiert werden. Auch wenn der Schulratspräsident von Aufgaben entlastet wird, verbleibt eine anspruchsvolle Aufgabe.

**Fredi Mosberger (CVP)** legt dem Stadtrat nahe, die Strukturen des Schulrates zu hinterfragen, und durch weniger operative Tätigkeit mehr miliztauglich zu machen. Der Nachtrag zum Reglement wird unterstützt.

#### **Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**24.04****Reglement zur Nutzung von städtischen Bauten und Anlagen; Einsetzung VBK**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. Januar 2012 mit folgendem Antrag:

*Das Reglement zur Nutzung von städtischen Bauten und Anlagen gemäss Vorschlag vom 3. Januar 2012 wird erlassen.*

**Eintretensdiskussion:**

**Franziska Geser-Burch (CVP)** beantragt, die Vorlage in einer Vorberatenden Kommission zu beraten. Es ist ihr ein Anliegen, dass Gossauer Vereine mit Jugendlichen weiterhin keine Nutzungsgebühren für die Sportanlagen bezahlen müssen. Sie möchte eine solche Bestimmung ins Reglement aufnehmen.

**Walter Senteler (FDP)** sieht keinen Grund für die Einsetzung einer VBK und unterstützt den Antrag des Stadtrates.

**Ernst Ziegler (SVP)** stellt fest, dass die Nutzungsgebühren nicht in die Kompetenz des Stadtparlamentes fallen. Im neuen Nutzungstarif unterscheidet der Stadtrat neu zwischen 3 Benutzergruppen, und er hat die Tarife angepasst. Er beantragt Zustimmung zum Reglement.

**Stadtrat Stefan Lenherr** erinnert, dass die Festlegung der Nutzungsgebühren Aufgabe des Stadtrates ist. Während der Erarbeitung dieser Gebühren sind verschiedene Vernehmlassungen durchgeführt worden. Er beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

**Beschluss des Stadtparlamentes**

1. Abstimmung über Einsetzung einer Vorberatenden Kommission:

Der Antrag wird mit 20 Ja zu 10 Nein angenommen.

Für die Besetzung der Vorberatenden Kommission werden folgende Anträge eingereicht:

CVP	Franziska Burch	Präsidentin
CVP	Ruedi Manser	Mitglied
FDP	Hanspeter Fröhlich	Mitglied
SVP	Ernst Ziegler	Mitglied
FLiG	Marianne Federer	Mitglied

2. Abstimmung über Kommissionsbesetzung

Die vorgeschlagenen Mitglieder werden gewählt.

**24.05****Motion Hanspeter Fröhlich (FDP) „Ausgeglichener Stadthaushalt“; Erheblicherklärung**

Grundlage ist die Motion vom 3. Januar 2012. Diese lautet:

*„Der Stadtrat wird beauftragt, den Voranschlag Stadthaushalt 2013 in der Weise zu planen, dass er kein Defizit aufweist. Der Steuerfuss von 116 % ist beizubehalten, und die Abschreibungen sind gemäss Abschreibungsreglement zu budgetieren.“*

Der Stadtrat beantragt mit Bericht vom 18. Januar 2012, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Das Mitglied, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat, erhält Gelegenheit zur Begründung der Motion.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** begründet die Motion. Gemäss Leitsatz der Stadt Gossau richten sich die Ausgaben nach den Einnahmen. Die Nettoverschuldung pro Einwohner steigt an. Mit Einsparungen muss dem Trend entgegen gewirkt werden. Nachfolgenden Generationen darf kein Schuldenberg hinterlassen werden. Aufgrund seiner schlechten finanziellen Situation wird der Kanton St.Gallen den Gemeinden weitere Lasten überbinden. Die finanzielle Zukunft von Gossau sieht düster aus, Sparmassnahmen sind nötig. Deren Umsetzung und Vertiefung liegt beim Stadtrat. Auch Desinvestitionen sind zu prüfen. Die Überschüsse in der Jahresrechnung provozieren Forderungen nach Steuersenkungen. Die Ertragsprognosen waren in den vergangenen Jahren zu wenig realistisch. Das Parlament soll künftig nicht nur über das Budget, sondern auch über die langfristige Finanzplanung entscheiden können. Dazu wird eine Änderung der Gemeindeordnung nötig sein. Er beantragt Erheblicherklärung der Motion. Über die Erheblicherklärung soll geheim abgestimmt werden.

**Stefan Harder (FLiG)** wendet sich gegen kurzfristige Sparübungen. Wenn im Budget noch viel Luft drin stecken würde, hätte das Parlament den Auftrag, während der Budgetdebatte Kürzungsanträge zu stellen. Mit der Motion würde das Parlament den Weg des geringsten Widerstandes gehen, das ist kein Lösungsansatz. Die FLiG-Fraktion ist gegen eine Erheblicherklärung, sie erwartet aber vom Stadtrat ein möglichst ausgeglichenes Budget.

**Florian Kobler (SP)** will aufräumen mit dem Vorurteil, die SP sei immer fürs Ausgeben. Der Kanton hat mit seinem Finanzgebaren den Steuerfuss gesenkt. Mit der Entlastung der oberen Einkommen findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Die Sparwut hat sich auf Gemeindeebene ausgebreitet, der Steuerfuss in Gossau wurde innert 10 Jahren um 14 % gesenkt. Die Konsequenzen der Sparpolitik führen dazu, dass Investitionen oder Erneuerungen hinausgeschoben werden. Nicht der Steuerfuss ist entscheidend für die Attraktivität einer Stadt, es zählen viele andere Faktoren. Es besteht keine Notwendigkeit für überstürzte kurzfristige Ausgabenkürzungen. Die SP lehnt die Motion ab.

**Gallus Hälgi (SVP)** erinnert an den Antrag der SVP bei der letzten Budgetsitzung, das Budget sei zurückzuweisen, und es sei ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Mit der Motion soll nun das gleiche Ziel verfolgt werden. Die SVP-Fraktion freut sich, dass diese Motion eingereicht wurde, und unterstützt sie. Der Stadtrat soll sich bei der Budgetierung massiv mit allen Einsparungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Der Stadtrat hat ein Entlastungsprogramm in Aussicht gestellt, davon ist nicht viel zu spüren. Die in der Antwort des Stadtrates aufgeführten Sparmassnahmen sind wenig stichhaltig. Das Wünschbare muss vom Notwendigen getrennt werden. Die Fraktion ist für Erheblicherklärung.

**Markus Mauchle (CVP)** verlangt vom Stadtrat einen ausgeglichenen Stadthaushalt. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten muss antizyklisch gehandelt werden. Die Fraktion beantragt, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** erwartet vom Stadtparlament, dass während der Budgetdebatte die nötigen Anträge gestellt werden. Betreffend Entlastungsprogramm verweist er auf die Interpellationsantwort vom 2. Februar 2010. Desinvestieren ist nicht gleichbedeutend wie Sparen, sondern Veräusserung von Aktiven. Die Stadt Gossau hinterlässt keinen Schuldenberg, im Gegensatz zur aktuellen Diskussion in vielen Ländern. Das von der Stadt aufgenommene Fremdkapital floss nicht in den Konsum, sondern in Investitionen. Der Gegenwert bleibt vorhanden. Die heutige Generation kann aber nicht alle Investitionsgüter sofort bezahlen. Die Abschätzung der Steuereinnahmen ist und bleibt schwierig. Wenn die Finanzplanung in die Entscheidungskompetenz des Parlamentes überginge, dürfte dies schwierige Parlamentsdebatten ergeben, auch stellen sich Fragen der Verbindlichkeit. Die GPK hat den Auftrag, den Finanzplan zu prüfen. Der Stadtrat wird auch künftig mit Augenmass budgetieren. Er beantragt Nichteintreten.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** erwidert seinen Vorrednern und ersucht um Unterstützung seiner Motion.

**Stefan Harder (FLiG)** wünscht, dass das Parlament mit dem IAFP auch über die Wirkungsziele diskutiert.

**Beschluss des Stadtparlamentes**

1. Abstimmung über den Antrag auf geheime Abstimmung:

Der Antrag wird mit 14 Ja zu 16 Nein abgelehnt.

2. Abstimmung über Erheblicherklärung:

Der Antrag des Stadtrates auf Nichterheblicherklärung wird mit 17 Ja zu 13 Nein angenommen. Die Motion ist damit nicht erheblich.

**24.06****Teilzonenplan Höfrig; Erlass**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. Dezember 2011. Aufgrund des parlamentarischen Rückweisungsbeschlusses vom 3. Januar 2012 hat der Stadtrat am 18. Januar einen ergänzenden Bericht verfasst. Der Stadtrat beantragt:

*Der Teilzonenplan „Höfrig“ wird gemäss Bericht und Antrag vom 7. Dezember 2011 erlassen.*

**Eintretensdiskussion:**

**Kathrin Rutz (FLiG)** ist erfreut, dass der Stadtrat die mit der Rückweisung verbundenen Fragen rasch beantwortet wurden. Sie beantragt Eintreten und Zustimmung.

**Felix Koller (FDP)** will Landwirte als Unternehmer behandeln. Auch die Landwirtschaft muss sich weiterentwickeln können. Der Standort Höfrig ist für den geplanten Zweck gut geeignet. Die FDP steht hinter dem Teilzonenplan.

**Fredi Mosberger (CVP)** will die öffentlichen und die privaten Interessen der Einzonung berücksichtigen. Die Kombination von Biogasanlage und Schweinestall bringt mehr Verkehr auf Strassen, was Kosten verursachen wird. Der grosse Tierhaltungsbetrieb hat mit Landwirtschaft nicht viel zu tun. Schweizweit gibt es nur wenig so grosse Betriebe. Er lehnt den Teilzonenplan ab.

**Roman Steiger (CVP)** weist auf den geplanten grossen, bodenunabhängigen Schweinestall hin. Diesen kann er als Landwirt nicht unterstützen. Er beantragt Ablehnung des Teilzonenplanes.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** geht davon aus, dass derzeit kein Strassenausbau nötig ist. Die Stadt hat aber eine Erschliessungspflicht für eingezonte Baugrundstücke. Die Intensivlandwirtschaftszone lässt intensivere Nutzungen zu als die übrige Landwirtschaftszone. Eine Ablehnung des Teilzonenplanes würde die Frage aufwerfen, ob in Gossau Intensivlandwirtschaftszonen grundsätzlich nicht zugelassen werden sollen.

**Abstimmung über Eintreten:**

Das Parlament beschliesst einstimmig Eintreten.

**Detalldiskussion:**

**Ernst Ziegler (SVP)** orientiert, dass nicht das Parlament über die Tierzahlen bestimmt, sondern der Bund. Vor einigen Jahren wurde eine Umzonung von Landwirtschaftsland im Erlenhof bewilligt, heute steht dort ein Holzheizkraftwerk mit Mehrverkehr. Auch im Höfrig wird Mehrverkehr entstehen. Er möchte in Gossau Intensivlandwirtschaftszonen zulassen. Möglicherweise sind künftig auch weitere Betriebe auf diese neue Zonenart angewiesen.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Dem Antrag des Stadtrates wird mit 25 Ja zu 5 Nein zugestimmt.

**24.07****Reglement Ablieferung Stadtwerke an Stadthaushalt; Einsetzung VBK**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 18. Januar 2012 mit folgendem Antrag:

*Das Reglement „Ablieferung Stadtwerke an Stadthaushalt“ wird erlassen.*

Das Präsidium beantragt die Einsetzung einer Vorberatenden Kommission. Für deren Besetzung liegen folgende Anträge vor:

CVP	Bernhardsgrütter Peter	Präsident
CVP	Cozzio Leo	Mitglied
FDP	Senteler Walter	Mitglied
SVP	Hälg Gallus	Mitglied
FLiG	Harder Stefan	Mitglied

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

**24.08****Erneuerung Sporthalle Buechenwald, Baukredit; Überweisung an Baukommission**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 18. Januar 2012 mit folgenden Anträgen:

- 1. Für die Sanierung der Sporthalle Buechenwald wird ein Baukredit von CHF 7'750'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
- 2. Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.*

Geschäfte, die dem obligatorischen Referendum unterstehen, müssen vorberaten werden.

**Beschluss des Stadtparlamentes:**

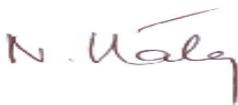
Das Geschäft wird der Baukommission überwiesen.

**24.09 Neuer Vorstoss**

Der Präsident gibt den Eingang des folgenden Vorstosses bekannt:

Interpellation Claudia Martin (SVP-Fraktion) „Zusammenarbeit Politische Gemeinde und Schulgemeinde Andwil-Arnegg“.

Der Präsident



Norbert Hälg

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 13. Februar 2012 genehmigt.